

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher neue Zeitung. 1947-1949 1948

185 (22.12.1948)

KARLSRUHER NEUE ZEITUNG

Süddeutsche Allgemeine

Bezugspreis monatlich DM 1,40 einschließlich Trägergebühr. Postzustellung DM 1,30 monatlich Zustellgebühr. — Anzeigenpreise: Die sechsgeheiligte, 45 mm breite Millimeterbreite Millimeter-Grundpreis DM — 30, im übrigen siehe zur Zeit gültige Preisliste Nr. 24. — Postcheckkonto: Postcheckamt Karlsruhe Nr. 40 335.

2. Jahrgang / Nummer 185

Karlsruhe, Mittwoch, 22. Dezember 1948

Einzelpreis 20 Pfennig

US-Hilfe für China gestoppt

WASHINGTON, 21. Dez. (UP) Der Administrator des europäischen Hilfsprogramms, Paul Hoffman, erklärte, daß das langfristige 70 Millionen Dollar-Hilfsprogramm für China wegen der kritischen Lage des Landes bis auf weiteres suspendiert sei.

Um russische Vermittlung bemüht

NANKING, 21. Dez. (UP) Von hoher Kuomintang-Seite wurde einem United Press-Korrespondenten erklärt, daß das neue chinesische Kabinett Sun-Fo wahrscheinlich um Rußlands Vermittlung zu einer friedlichen Beilegung des chinesischen Bürgerkrieges bitten werde. Rußland habe vor kurzem der Kuomintang-Regierung seine Vermittlung angeboten. Der Gewährsmann weigerte sich, weitere Einzelheiten darüber bekanntzugeben.

21 Tote bei Flugzeugunglück

HONGKONG, 21. Dez. (UP) Durch den Absturz eines Transportflugzeuges vom Typ Skymaster, etwa 50 km nordöstlich Hongkong, wurden 31 Personen getötet. Das Flugzeug, das von Shanghai aus unterwegs war, war gegen einen Felsen gestürzt.

Vor Konferenz über Österreich

WASHINGTON, 21. Dez. (UP) Die USA haben definitive Vorschläge über Ort und Datum für die Wiederaufnahme der Besprechungen über den österreichischen Staatsvertrag unterbreitet, wurde hier bekanntgegeben. Das amerikanische Außenministerium sandte die Vorschläge an den Sekretär des Rates der Außenminister-Stellvertreter in London und ersuchte diesen, sie an die anderen Staaten weiterzuleiten.

Vorzeitiges Ende eines Streiks

ROM, 21. Dez. (UP) Der von den Kommunisten angesetzte 24stündige Demonstrationsstreik der italienischen Staatsangestellten ist bereits acht Stunden vor seinem Ende zusammengebrochen. Die Regierung teilte mit, daß 80 Prozent der Staatsangestellten im Laufe des Tages zur Arbeit wiedergelkehrt seien. Von den Eisenbahnen habe knapp 50 Prozent des Personals am Streik teilgenommen. Die Kommunisten behaupten dagegen, daß der Streik ein voller Erfolg gewesen sei und die Erwartungen weit übertrafen habe. Tatsache ist, daß die Streikparole mehr im Norden Italiens befolgt wurde, wo nur ein eingeschränkter Eisenbahnverkehr stattfand. Dagegen war dem „Giornale d'Italia“ zufolge, der Eisenbahnverkehr zwischen Rom und Neapel vollkommen normal. In ganz Süditalien war der Bahnverkehr fast unverändert.

Tito gratuliert Stalin

PRAG, 21. Dez. (UP) Wie die amtliche jugoslawische Nachrichtenagentur Tanjug aus Belgrad berichtet, hat Maršall Tito in einem Telegramm dem sowjetischen Staatschef, Generalissimus Stalin, zu seinem 69. Geburtstag gratuliert. In diesem Telegramm heißt es: „Gestatten Sie mir, Ihnen im Namen der Regierung und der Bevölkerung der föderativen Volksrepublik Jugoslawien zu Ihrem Geburtstag zu gratulieren und Ihnen für Ihre sozialistische Arbeit zum Wohle des Volkes der Sowjetunion und der gesamten fortschrittlichen Menschheit den besten Erfolg zu wünschen.“

Todesurteil in New York

WASHINGTON, 21. Dez. (DENA-Reuter) Laurence Duggan, ein früherer Angehöriger des US-Außenministeriums und Berater für südamerikanische Fragen des früheren amerikanischen Außenministers Cordell Hull, sprang von einem New Yorker Gebäude in den Tod. Der augenblickliche Vorsitzende des Repräsentantenhaus-Ausschusses zur Untersuchung amerikafeindlicher Umtriebe, Karl Mundt, erklärte dazu, daß er von dem Ausschuß vernommene frühere kommunistische Spion Whittaker Chambers hatte Duggan als eine der sechs Personen des Außenministeriums angegeben, die ihm vertrauliche Informationen überbrachten.

Welt-Rundschau

WASHINGTON, (UP) Alben Barkley, der neugewählte amerikanische Vizepräsident, wird am Mittwoch nach Deutschland fliegen. — PHILADELPHIA, (UP) Bei einem hierigen Hotelbrand wurden drei Menschen getötet. — BUENOS AIRES, 19. Peronisten, 48 Radikale und ein Kandidat der Arbeiterpartei wurden in die verfassunggebende Versammlung Argentiniens gewählt. — LONDON, (UP) In Chesapeake stürzte ein Übungsflugzeug ab, bei dem alle sieben Besatzungsmitglieder getötet wurden. — PARIS, Ein Pariser Gericht verurteilte den ehemaligen Sekretär des Führers der Vichy-Miliz, Joseph Darnand, zum Tode. Er soll für den Tod von 28 aus einem französischen Gefängnis 1944 entflohenen Gefangenen verantwortlich sein. (Alle nicht gekennzeichneten Nachrichten DENA)

Westmächte-Kommandantur in Berlin

Die Tür bleibt für Sowjets offen — Westberliner erhalten 200 Tonn Kohle Sonderzuteilung

BERLIN, 21. Dez. (UP) Die Kommandanten der drei Westsektoren Berlins gaben bekannt, daß die Kommandantur Berlins ihre Arbeiten auf Dreimächte-Basis, ohne Beteiligung der russischen Behörden, wieder aufnehmen werde. Diese Mitteilung erfolgte nach der ersten offiziellen Kommandantursitzung, seit Rußland am 16. Juni d. J. die Viermächte-Kommandantur verlassen hat. Die formelle Erklärung der drei Westsektoren-Kommandanten läßt jedoch den Russen die Tür zur Kommandantur offen. Es heißt darin:

„Wenn sich die sowjetischen Behörden, entweder gegenwärtig oder zu einem zukünftigen Datum, dazu entschließen sollten, sich an das Viermächte-Übereinkommen zu halten, könnte die Viermächte-Verwaltung Berlins wieder aufgenommen werden. Solange sich die sowjetischen Behörden aus der Kommandantur heraushalten, werden die drei westlichen Alliierten die Vollmachten der alliierten Kommandantur wahrnehmen.“ Die westlichen Alliierten seien sich darüber klar, so heißt es weiter, daß die Entscheidungen der Kommandantur zur Zeit lediglich in den Westsektoren ausgeführt werden könnten. Weiterhin stellt die Erklärung der drei Kommandanten fest, daß die alliierte Kommandantur, trotz des sowjetischen Boykotts, nicht zu existieren aufgehört habe. Die Kommandantur habe ihre Funktionen wieder aufgenommen, weil das gesamte Gesetzgebungswerk der Berliner Magistrats der alliierten Zustimmung bedürfe. Es könne nicht mehr länger zugelassen werden, daß sich die Weigerung der sowjetischen Behörden, an den Sitzungen der alliierten Kommandantur teilzunehmen, als Obstruktion der gesetzmäßigen Verwaltung Berlins auswirke. Diese formelle Mitteilung wurde von General Ganeval, dem franzö-

schen Stadtkommandanten, gemacht, der in diesem Monat der Vorsitzende der Berliner Kommandantur ist. In der ersten Sitzung der Dreimächte-Kommandantur wurde beschlossen, der Berliner Bevölkerung eine Sonderzuteilung von 200 Tonn Kohle zuzubilligen. Die Kohlen sind zur Erweiterung der Elektrizitätsversorgung unter Wegfall der Sperrstunden an einem Weihnachtstag bestimmt.

Stolpe von Sowjets besetzt

BERLIN, 21. Dez. (DENA) Ein Besatzung der französischen Militärregierung in Berlin teilte mit, daß sowjetische Truppen in der Nacht auf Dienstag zwischen 1 und 3 Uhr das Dorf Stolpe bei Berlin und das umliegende Gebiet besetzt haben. Zu dieser Zeit befand sich kein französischer Soldat in Stolpe. Der französische Stadtkommandant von Berlin, General Jean Ganeval, erklärte auf einer Pressekonferenz, er werde nicht gegen die Besetzung Stolpes durch die Sowjets protestieren. Die Sowjets seien juristisch im Recht gewesen, als sie die Rückgabe des Dorfes forderten. Durch den Bau des Flugplatzes Tegel sei die am 29. Oktober 1945 getroffene Vereinbarung gegenstandslos geworden. Er habe bis

zuletzt gehofft, daß die Sowjets nicht die Rückgabe Stolpes verlangten.

Kritik an deutschen Politikern

BERLIN, 21. Dez. (DENA) General Robertson kritisierte auf einer Pressekonferenz die Haltung einiger deutscher Politiker der Westzonen gegenüber den Besatzungsmächten und dem Ausland. Die britische Militärregierung habe sich stets für das Prinzip der Redefreiheit eingesetzt, sagte Robertson, die deutschen Politiker müßten sich jedoch darüber klar sein, daß einige ihrer in letzter Zeit gemachten Äußerungen eine ungünstige Reaktion hervorrufen könnten. Es erhebe sich die Frage, ob es klug oder geschickt sei, Bemerkungen über andere Länder zu machen, die nicht nur Befremden erzeugen, sondern unter Umständen auch Rückwirkungen nach sich ziehen könnten. Deutschland brauche Freunde, die es auf diese Weise aber nicht gewinnen könne. Auch die deutschen Politiker in Berlin ständen gegenwärtig unter einem außerordentlichen politischen Druck, jedoch müßten auch sie sich darüber klar sein, daß eine Zusammenarbeit mit den westlichen Alliierten für die Lösung der Berliner Frage notwendig sei. Auch sie sollten vernünftig und vorsichtig in ihren Äußerungen sein.

Franzosen wollen nicht nachgeben

US-Kreise vermuten Verzögerungstaktik beim Besatzungsstatut

FRANKFURT, 21. Dez. (SAZ) Nachdem die Militärgouverneure bei ihren Beratungen über das Besatzungsstatut in der vergangenen Woche in Frankfurt über wesentliche Punkte keine Einigung erzielen konnten und die weitere Ausarbeitung des Statuts ihren Regierungen überlassen, spricht man in hiesigen amerikanischen Kreisen von der Möglichkeit einer weiteren Versteifung der französischen

Haltung im Zusammenhang mit der Bildung einer provisorischen westdeutschen Regierung.

Die Amerikaner weisen aus diesem Anlaß darauf hin, daß die Verhandlungsbereitschaft der Franzosen nach Beginn der Ruhrkonferenz in London merklich geringer geworden sei. Nach dem durch das Auftreten des französischen Sonderbotschafters Francois-Focet zunächst eine gewisse Entspannung eingetreten war, haben die letzten Verhandlungen der drei Militärgouverneure eindeutig gezeigt, daß die Franzosen nicht gewillt sind, von einmal gestellten Forderungen abzugehen. Nach Ansicht amerikanischer Kreise in Frankfurt hat es vielmehr den Anschein, als ob die französischen Ansprüche von Mal zu Mal anwachsen.

Während britische Beobachter der französischen Einstellung mit einer gewissen Sympathie gegenüberstehen, haben amerikanische Beamte wiederholt zu vernehmen gegeben, daß scheinbar die „Schatten der Gaulles“ über den Verhandlungen der drei Militärbefehlshaber lag. Man schreibt General König eine bewußte Politik des Hinaussögerns zu und warnt vor überspitzten Hoffnungen auf eine Einigung der drei Regierungen. We-

Erneute sowjetische Beschuldigungen

Westmächte hätten versucht, Rußland von Verwaltung auszuschließen

BERLIN, 21. Dez. (UP) Das sowjetische Nachrichtenbüro in Berlin veröffentlichte am Dienstag eine Erklärung, in der der gesamte bisherige Verlauf der Viermächte-Besetzung Deutschlands aufgezeigt wird und die Westmächte beschuldigt werden, in den vergangenen drei Jahren ständig versucht zu haben, die Sowjetunion von der Viermächte-Verwaltung Deutschlands auszuschließen.

In der Erklärung wird festgestellt, daß die Politik der Westmächte zur Spaltung Deutschlands und die Maßnahmen, aus der Bizone einen strategischen Stützpunkt zu machen, gegen den tatsächlichen Wunsch der deutschen Bevölkerung verstoßen, die die Errichtung eines einheitlichen demokratischen Deutschland erstrebe. Die Westmächte hätten nicht zuletzt deswegen die Berliner Krise heraufbeschworen, um die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit von ihrer imperialistischen Politik in Westdeutschland abzulenken. Die Westmächte hätten außerdem die Absicht, Berlin für antikomunistische Untergrundmaßnahmen innerhalb der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands zu mißbrauchen. Das sowjetische Nachrichtenbüro stellt fest, Zweck dieser Erklärung sei es, den gesamten Konflikt zwischen Ost und West in Einzelheiten objektiv darzustellen. Die sowjetischen Behörden erachten es als notwendig, eine derartige Erklärung zu veröffentlichen.

lichen, die eine Stellungnahme zu der vom argentinischen UN-Delegierten am 7. Dezember in Paris vor Pressevertretern abgegebenen Erklärung darstelle. Es wird betont, daß die Spaltung Berlins nur ein Bestandteil der westlichen Politik zur Spaltung Deutschlands sei. Der Zusammenschluß der anglo-amerikanischen Besatzungszonen stelle einen Verstoß gegen die bestehenden Viermächtebestimmungen dar. Dem Ausschuß der Sowjetunion aus der Ruhrkontrolle wird ebenfalls ein langer Abschnitt der Erklärung gewidmet.

Robertson gegen Remilitarisierungspläne

Der Militärgouverneur kritisiert „Opportunisten“ in Westdeutschland

BERLIN, 21. Dez. (UP) In einer Pressekonferenz dementierte der britische Militärgouverneur, General Robertson, kategorisch die Gerüchte, wonach eine Wiederaufrüstung Westdeutschlands beabsichtigt sei. Sir Brian Robertson erklärte: „In den vergangenen 30 Jahren haben wir von jeweils drei Tagen einen Tag Krieg als Ergebnis der militärischen Ambitionen Deutschlands gehabt. Als wir im Jahre 1945 hierher kamen, war es unsere Aufgabe, die deutschen Streitkräfte aufzulösen. Wir haben nicht die Absicht, sie jetzt wieder neu aufzubauen.“ Zu kürzlichen Protesten gegen verschiedene Demon-

tagen betonte General Robertson, er werde „keinerlei Ausflüchte“ für die Beibehaltung von lediglich Kriegszwecken dienenden Anlagen akzeptieren. — General Robertson betonte sodann, Voraussetzungen einer zukünftigen Prosperität in Westdeutschland seien vorhanden. Dabei wies der General auf die Steigerung der Kohle- und Stahlproduktion hin. Es gäbe aber eine Schicht in Westdeutschland, welche sich durch Ausbeutung ihrer Mitmenschen unerhörte Gewinne verschaffe. Um „diese Opportunisten“ an Steuerhinterziehungen zu hindern, würden drastische Maßnahmen getroffen. Das wachsende Maß an Selbstsucht und Verantwortungslosigkeit in Westdeutschland bedeute aber eine schwere Gefahr für den Wiederaufstieg Deutschlands.

USA für Feuereinstellung in Indonesien

Die Niederlande wollen indonesische Interimsregierung bilden

PARIS, 21. Dez. (UP) Aus hiesigen Kreisen verlautete, die USA wolle sich dafür einsetzen, daß der Sicherheitsrat der UN einen Feuereinstellungsbefehl für Indonesien erläßt. Der australische Ministerpräsident Joseph B. Chifley erklärte ebenfalls, daß das australische Kabinett den amerikanischen Appell an den Sicherheitsrat unterstütze. Das UN-Schlichtungskomitee für Indonesien teilte dem Sicherheitsrat mit, daß die holländische Aktion gegen die indonesische Republik als eine Verletzung des Renville-Waffenstillstandsabkommens aufgefaßt werden müsse. Das Komitee fordert den Sicherheitsrat auf, die Angelegenheit mit äußerster Dringlichkeit zu behandeln. Die holländische Regierung wies den UN-Bericht zurück, in dem der Plan der Niederlande verurteilt wird, in Indonesien eine Interimsregierung für einen indonesischen Bundesstaat ohne Teilnahme der indonesischen Republik zu gründen. In einem eingehenden Schreiben an den Sicherheitsrat bekräftigt die holländische Regierung ihren Beschluß, noch in diesem Jahr eine Interimsregierung ins Leben zu

rufen. — Wie das niederländische Armeehauptquartier in Indonesien bekanntgab, haben holländische Truppen die Stadt Kalurang besetzt, in dem die UN-Kommission in Indonesien ihr Hauptquartier eingerichtet hätte.

Urteil im Eisenscheinprozeß

FRANKFURT, 21. Dez. (DENA) Im Prozeß gegen 17 Angeklagte, denen zur Last gelegt wurde, Eisenscheine der VEFM im Werte von rund 400 000 Kilogramm gestohlen bzw. in Umlauf gebracht zu haben, verurteilte das Landgericht Frankfurt den Hauptangeklagten Günter Meier zu zwei Jahren Gefängnis und 3000 DM Geldstrafe. Die Mitangeklagte Frieda Gohs erhielt ein Jahr sechs Monate Gefängnis und 200 DM Geldstrafe, Günter Thiesen ein Jahr Gefängnis und 200 DM Geldstrafe, der Abteilungsleiter der VEFM, Heinrich von Wichter, und der Referent Claus Brauer wurden zu Geldstrafen von je 2500 DM verurteilt. Der ehemalige Referent Dr. Johannes Lentz wurde freigesprochen. Die übrigen Angeklagten erhielten Gefängnisstrafen von drei bis zu zehn Monaten.

Zuchthausbeamte abgeurteilt

KARLSRUHE, 21. Dez. (SAZ) Das französische Gericht zur Aburteilung von Kriegsverbrechen in Rastatt sprach am Dienstag das Urteil über 14 ehemalige Beamte des Zuchthauses Dietz an der Lahn, die angeklagt waren, Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen zu haben. Das Gericht verurteilte Heinrich Feller zu lebenslangem Gefängnis und Zwangsarbeit, Wilhelm Schatz zu 20 Jahren Gefängnis, die Angeklagten Ernst Gumbard und Armin Lechler zu je 15 Jahren Gefängnis, Hermann Stiller und Wilhelm Sahmer zu je 10 Jahren Gefängnis und Zwangsarbeit, Wilhelm Dutine und Wilhelm Schmitt zu je 7 Jahren Gefängnis und Zwangsarbeit, Georg Lang zu 6 Jahren Gefängnis und Zwangsarbeit, Heinrich Hoerle und Karl Bach zu je 5 Jahren Gefängnis und Zwangsarbeit, Friedrich Gerber zu 3 Jahren Gefängnis und Zwangsarbeit, Georg Mais zu 18 Monaten und Paul Buehler zu 12 Monaten Gefängnis. Ka.



Konferenz bei den Militärgouverneuren. Kürzlich fanden in Frankfurt Besprechungen zwischen Vertretern des Parlamentarischen Rates und den Militärgouverneuren der westlichen Besatzungszonen statt. Unser Bild zeigt: Professor Carlo Schmid (links) im Gespräch mit General Sir Brian Robertson, dem Militärgouverneur der britischen Besatzungszone. (Aufn. DENA-Bild)

Kontrollratsgesetz verletzt

BERLIN, 21. Dez. (DENA) Die Auflösung der Betriebsräte in der sowjetischen Zone stellt eine Verletzung des durch den Kontrollrat erlassenen Betriebsrätegesetzes und damit eine Verletzung der Vereinbarungen dar, die zur Schaffung des Kontrollratsgesetzes geführt haben, erklärte ein Beamter der Abteilung für Arbeitswesen bei DMGUS. Obwohl es gerade die Russen waren, die auf das Betriebsrätegesetz bestanden hätten, seien ihre Gründe für das Verbot der Betriebsräte klar zu erkennen. „Die Betriebsräte sind eine freie und demokratische Einrichtung, die im Gegensatz zur russischen Grundphilosophie stehen, nämlich der Arbeiter Führung der Arbeiter durch eine kleine Machtgruppe.“ Mit diesem Schritt zeige sich, daß die Sowjets ihren Weg, der zur völligen Ausschaltung aller grundlegenden demokratischen Rechte führe, konsequent weitergehen. Demgegenüber werde diese demokratische Institution in der US-Zone von den Sowjets benutzt, um über die KPD die Kontrolle über wichtige Firmen in die Hand zu bekommen. Es müsse damit gerechnet werden, daß die Kommunisten diese Mehrheit ausnutzen, um den Wirtschaftsinteressen der Westzonen entgegenzuarbeiten. Die US-Militärregierung werde jedoch nicht eingreifen, solange die KPD als legale, freie Partei in den Westzonen anerkannt sei.

Ab Januar 10 000 Gramm Brot

FRANKFURT, 21. Dez. (DENA) Wie zuverlässig bekannt wurde, hat die Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten einen Brotabschnitt über 1000 Gramm einheitlich für die Bizone vorerst gesperrt. Die ab Januar zur Ausgabe kommende Brotration beträgt somit 10 000 Gramm. Wie weiter verlautet, wird Anfang Januar eine aus vier Abgeordneten bestehende Delegation der Ernährungsminister der Bizone bei den Generals Clay und Robertson vorstellt werden, um eine endgültige Klärung der Brotrationierung zu erzielen.

Müller in Wipperfürth billiger

DUSSELDORF, 21. Dez. (DENA) Die Kleiderfabrik Müller in Wipperfürth, deren Anlage zu 61,50 D-Mark vom Jedermann-Ausschuß der VW abgelehnt wurden, will nunmehr einen Antrag für 55 D-Mark herausbringen, wenn ihr die nötigen Rohstoffe zur Verfügung gestellt werden. Das von der VW angeforderte Gutachten von drei neutralen Fachleuten über die Firma wird voraussichtlich, wie der Inhaber mittelt, in einigen Tagen veröffentlicht werden. Die Firma mußte vor kurzem ihren Betrieb einstellen, weil sie infolge Ablehnung ihres Angebotes auf Jedermann-Kleidung keine Rohstoffe mehr erhielt.

Deutschland-Rundschau

VERSIEBEN WESTZONEN: München. Bei dem in der US-Zone durchgeführten Programm zur Entschärfung von Munition aus ehemaligen deutschen Wehrmachtbeständen sind seit 1946 38 Menschen ums Leben gekommen. — Stuttgart. Der Schwabenverein in Chicago sammelte für das Heimkehrerlager Ulm 5000 DM. Für die notleidende Bevölkerung in Stuttgart, Pforzheim, Heilbronn und Kiel wurde Schmalz gespendet. — Hamburg. (UP) In der vorletzten Nacht wurden in der Hamburger Innenstadt nicht weniger als elf Einbrüche verübt. FRANZÖSISCHE TONE: Baden-Baden. Auf Anordnung der französischen Militärregierung wurde die Gesellschaft „Bellica, Mercat & Co. GmbH“, Fabrik wissenschaftlicher Apparate in Freiburg, aufgelöst. Alle Rechte, Vermögenswerte und sonstigen Interessen innerhalb der französischen Zone werden unter Verwaltung der Militärregierung gestellt. (Alle nicht gekennzeichneten Nachrichten DENA)

Süddeutsche Allgemeine

Nummer 185 / Mittwoch, 22. Dezember 48

So geht es nicht

FKR. Das Gesetz über den „Kulturpfennig“ wurde von Landtag, wie zu erwarten, in dritter Lesung angenommen. 37 Abgeordnete stimmten dafür, 13 dagegen und 7 enthielten sich der Stimme. Insgesamt waren 57 von 100 Gewählten da. Das ist bemerkenswert, doch nicht entscheidend. Die Zeitungen werden sich damit selbstevident abfinden. Wir wollen hier jedoch lediglich die Zusammenhänge klären, weil es sich um die verletzten Rechte der Bürger handelt. Diese Bürger, die zugleich unsere Leser sind, werden ein entscheidendes Wort mitzureden haben und müssen daher wissen, was gespielt wird.

Der Landtag wurde überrumpelt und ließ es sich gefallen. Das Gesetz war vorher niemandem bekannt, auch den Abgeordneten nicht. Es wurde vom Finanzminister um 11 Uhr vorgelegt und in weniger als zwei Stunden durchgelesen. Vorher hatte sich Herr Dr. Köhler in seiner Fraktion mit Rückfrägen einiges Rückhalt gesichert. Der Unterrichtsminister reicht eben noch bis in den Landtag.

Doch — und warum — beispielsweise die Abgeordneten Simpfendorfer, Kohn und Stoll für das Gesetz stimmten, das sich gegen die freien Zeitungen und deren Leserschaft richtet, ist jedem klar.

Weniger verständlich ist, daß der Finanzminister die Absicht der Presse, eine Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes herbeizuführen, als „Drohung“ bezeichnet. In einer Demokratie ist dieser Weg das natürliche Recht eines jeden Bürgers. Charakteristisch jedoch ist, daß eine höfliche Anfrage des Verlehrs der Zeitungsverleger, unbeantwortet blieb. Der Minister blühte sich sogar damit, daß er darauf „schönlich“ nicht geantwortet habe, da die Presse „ohne gefragt zu sein“ Stellung nahm.

So stellen sich Minister den staatlichen Neubau vor und so will man bei uns demokratische Gesetze machen.

Nur ein Dorf, aber...

MAD. Dicht bei Berlin liegt das Dorf Stolpe. 1945 übernahm die französische Militärregierung diese Ortschaft von den Sowjets und gliederte sie in ihren Berliner Sektor ein, um dort einen neuen Flugplatz anzulegen. Da die russische Blockade Berlins und die opfermüde Haltung seiner Bevölkerung zu schnellerem Handeln zwang, wurde nichts aus diesem Plan. Man ging mit Hochdruck an den Ausbau des bereits vorhandenen Luftfeldes in Tegel.

Soweit die Tatsachen. Sie führten zu jener Überwachungs- und Besatzungszone, die durch die Veröffentlichung ihres Rückgebots des Dorfes Stolpe an die Sowjets in den letzten Tagen stellten. Mit Freude und hoher Anerkennung erleben wir das einmütige Bekennen Westberlins zu den demokratischen Freiheiten bei der Wahl des neuen Stadtparlamentes mit. Auch die übrige Welt war Zeuge — und die Westmächte hatten noch am Tage der Wahl selbst daran Freiheit garantiert — dieses geschlossenen und abwehrwilligen gegen die Willkürherrschaft des Kommunismus, dem nunmehr ein Teil derjenigen, die sich durch ihre Stimmen zum Westen bekannten, durch das französische Übergabebestätigung ausgeführt wird.

Gewiß handelt es sich nur um ein paar hundert Menschen in einem kleinen Dorf. Aber ist ihr Leben weniger wert als das irgendjemand anders? Haben sie weniger Recht auf den Schutz derjenigen, für deren politische Überzeugung sie durch ihren demokratischen Willensakt ebenfalls eintraten? Wir sind anderer Meinung. Der „Mann auf der Straße“ wird das vielleicht nicht nennen, der bei uns aber noch immer ungelösten politischen Zukunft bedenklich stimmen könnte. In jedem Fall jedoch glauben wir, daß der Westen nun endlich seinen vielfältigen Proklamationen über die Sicherheit vor Zwang und Terror auch die Tat folgen lassen muß. Im Falle Stolpe, das die Russen vorgestern plötzlich besetzten, ohne sich an den vorgeschlagenen Räumungstermin zu halten, ist Frankreich uns noch den Beweis dafür schuldig.

„Heimattreue“ zwischen Speck und STEG

Geht im bankrotten Deutschland die Heimat verloren? / Von unserem NP-Korrespondenten

Wer von den Anstrengungen hörte, die Dänemark unternimmt, um seine Interessen in der nördlichsten Ecke Deutschlands zu verfestigen, ist überrascht, in der Grenzstadt Flensburg auf keinerlei Propaganda in dänischer Sprache zu stoßen. Die dänisch orientierte sogenannte Südschleswigsche Bewegung hat in Flensburg eine für Deutschland heute einmalige Lage geschaffen: nicht die deutsche CDU oder SPD, sondern der dänische SSV besitzt die Mehrheit im Stadtparlament, in den Ausschüssen und Kommissionen und hält die Oberbürgermeister- und Bürgermeisterposten besetzt. Dennoch fragt man am Zeitungskiosk in Flensburg vergebens nach dänischer Literatur. Die Dänen wissen, daß sie sich der deutschen Sprache bedienen müssen, um für sich zu werben. „Flensburg Avis“ hat hier nur wenig dänisch lesende Abonnenten. Gelegentlich bekommt man für 20 Pfg. ein Exemplar von „Kobenhavn“, ein Blatt aus Dänemark kämen, meint der Zeitungshändler: „Für dänische Zeitungen haben wir keine Devisen. Die wenigen Exemplare, die eintreffen, sind gestiftet. Der Erlös beim Verkauf wird mit dem Roten Kreuz abgerechnet.“ Die Dänisch-Orientierten hier sprechen von sich als den „Heimattreuen“, ihr deutsch geschriebenes Blatt, das in Husum gedruckt wird, heißt „Heimatzeitung“, und unter dem Wappens im Kopf der Zeitung steht die Devise „Unser Land, unsere Freiheit, unser Recht“.

Der Wahlkampf ist vorbei, und nach anfänglichen Spannungen in den politischen Versammlungen und in den Sitzungen der Gemeindevertretungen und Stadtverordneten findet man sich zur Zusammenarbeit. „Es renkt sich alles wieder ein“, ist die Ansicht der offiziellen Kreise. Und dieses Einrenken ist so gemeint, daß man gerade in der Arbeit der Gemeinde die bewährtesten Pferde laufen lassen muß, ohne sich in politischen Doktrinen fest-

zulaufen. Die Pro-Dänen sind auf die Deutschen angewiesen und umgekehrt. Im Geschäftsleben von Flensburg mit einer nichtdeutschen Verwaltung merkt man darum auch nichts von Minderheitenkampf. Alle Inschriften sind deutsch. Auch in Kreisen des SSW kann man kein Wort dänisch hören. An der Anschlagstule nicht man vergebens nach einem Plakat in fremder Sprache.

Die politischen Appelle an den leeren Magen werden heute nicht mehr so erbt wie in der Zeit der ärgsten materiellen Kümmeris unmittelbar nach dem Krieg. Mit Speck allein fängt man keine deutschen Mäuse mehr. Aber die dänischen Mittel fließen stärker, als es zur Unterstützung der „echten Minderheit dänischen Volkstums“ notwendig erschiene, über deren zahlenmäßigen Umfang Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Hermann Lüdemann sagte, „daß sie nicht viel stärker sein dürfte als nach 1920, wo sie 3000 bis 5000 Personen betrug“. Trotzdem hat der SSW in seinen besten Nachkriegsjahren 100.000 Stimmen für sich horten können. Die maßgebenden deutschen Stellen sprechen von einem falsch aufgefaßten Heimatgefühl, das unter dem Motto steht: „Wenn ihr beim bankrotten Deutschland bleibt, geht Euch die Heimat verloren“. Es geht dabei um andere Dinge als Fett. Was den dänischen Speck angeht, so geben sich die Dänen Mühe, ihre Hilfe von politischen auf ganz sozial gezielte Geleise umzurangieren. Ein paar tausend Kalorien in Speck und Butter monatlich, die tollfrei für jeden einzelnen Verbraucher des Dänemarks hier eingeführt wurden, haben sich in Sammelaktionen verwandelt, die das Dänische Rote Kreuz übernimmt und zur Spaltung der Schulhändler verwendet, gleich, ob es sich um Dänen oder Deutsche handelt. Ueberdies zeigt sich zum erstenmal die helfende Hand Deutschlands nicht nur mit der Ankündigung eines

gesamtdeutschen Lastenausgleiches und dem Mittragen der Sonderlasten, an denen Schleswig-Holstein ungleich schwerer zu tragen hat als irgendein anderes deutsches Land. Dem Speck ist zuzugewandt hier mit STEG begegnet worden. Alle Läden Flensburgs sind voll mit STEG-Ware. Die Dänen, die energisch den Vorwurf zurückweisen, mit Speck die Deutschen fangen zu wollen, können nicht selbst den Vorwurf erheben, die Deutschen wollten ihre Landsleute durch die Uebererschwendung des Marktes mit billigen Verbrauchsgütern bei der Stange halten. Aber sie sind doch soweit im Bilde, die reinen Tatsachen zu verzeichnen. Die STEG-Ware, die in Kiel oder Lübeck noch so lange Menschen schlangen verursacht, daß die Polizei ordnend eingreifen muß, ist hier so reichhaltig angeboten, daß sich jeder nach Belieben eindenken kann. Aber es geht auch um wichtigere Dinge als STEG.

Die Regierungsstellen in Kiel stellen Material zusammen, das „von enormen Mitteln privaten, bündischen und genossenschaftlichen Ursprungs“ spricht, die von Dänemark in das „gefährdete Gebiet“ fließen. Der dänische Staat hat allein aus dem laufenden Etat fast 20 Millionen Dänekronen für politische und kulturelle Werbung ausgeworfen. „Das Land Schleswig-Holstein ist finanziell nicht in der Lage, diesen Bestrebungen etwas Gleichwertiges entgegenzusetzen“, sagte Ministerpräsident Hermann Lüdemann. „Das Grenzproblem belastet uns mit außergewöhnlich schweren nationalpolitischen Aufgaben.“ Viele Läden im unversicherten Flensburg nicht abblühender Verkehr in den sauberen Straßen und emsige Geschäftstätigkeit dieser jüngsten deutschen Großstadt täuschen über die wahre Notlage hinweg im bankrotten Schleswig-Holstein ist Flensburg die ärmste Stadt. Jeder Dritte geht hier stempeln. Das ist Deutschlands Notstandsrekord.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Die Presse der westlichen Besatzungszonen und der Berliner Westsektoren beschäftigten sich in den letzten Tagen mit dem parlamentarischen Rat in Bonn und dem zukünftigen Besatzungsstatut.

DER TAGESSPIEGEL

Das Berliner amerikanisch lizenzierte Blatt befaßt sich mit der Tatsache, daß der Parlamentarische Rat in Bonn es für notwendig erachtet, seine Wünsche zum Besatzungsstatut gleichzeitig mit der Uebermittlung an die Alliierten auch der Öffentlichkeit zu unterbreiten, und meint, der Parlamentarische Rat habe sich mit dieser Maßnahme auf eine „gefährliche Ebene“ begeben. Das Blatt weist darauf hin, daß der Bonner Rat sich dadurch leicht in eine Situation manövriere, in der er zu „schwerwiegenden Differenzen“ in einer Frage kommen könne, von der noch gar nicht fest feststehe, wie die Alliierten sie lösen wollen.

Hamburger Allgemeine Das Hamburger CDU-Organ vertritt den Standpunkt, daß das Grundgesetz den meisten Deutschen ziemlich gleichgültig sei und die Interessierten davon nicht übermäßig seien. „Es ist zweifellos vieles anders gelaufen“, meint das Blatt, „als es sich die Parteidelegierten, die nicht von dem Volk, sondern von den Länderparlamenten ausgesucht worden waren, gedacht hatten. Die deutsche Öffentlichkeit“ ging mit einer gehörigen Portion von Skepsis an das Bonner Projekt heran. Wie sich zeigte,

nicht zu Unrecht. Auch die großen Fragen wurden berührt, aber man einige sich nicht über sie und so ist praktisch noch nichts geschehen.“

Die Sprengung der beiden Sendetürme des Berliner Rundfunks steht im Mittelpunkt der Ausführungen der sowjetisch lizenzierten Zeitungen:

TÄGLICHE RUNDSCHAU

Das offizielle Organ der SMV nennt die Sprengung „eine barbarische Zerstörung“, die als ein einseitiger und ungesetzlicher Akt der französischen Behörden beweise, daß diese die Interessen der Berliner Bevölkerung „völlig mißachten“. Die Berliner und das deutsche Volk würden diese Sprengung im Gedächtnis behalten und dieses „Verbrechen“ auf das Konto der Zukunft verbuchen sowie alle notwendigen Schlüsse daraus ziehen.

In der Weltpresse finden die letzten Ereignisse in Indonesien starke Beachtung:

Herald Tribune Die New Yorker republikanische blikanische Zeitung bezeichnet den Wiederbeginn des Krieges in Indonesien als „eine große Tragödie“, die andere Tragödien nach sich ziehen könnte. Die Niederlande stünden vor einem heiklen Problem, denn ihre Wirtschaft sei seit Jahrhunderten mit ihrem seitlichen Empire verknüpft. Die Holländer hätten in dem Bewußtsein losgeschlagen, daß bereits ihre frühere

„Polizeiaktion“ schnelle Resultate gezeigt hätte, bevor die Vereinten Nationen den Waffenstillstand verfügten.

DAILY HERALD Das Organ der Labour Party meint, daß die Nachrichten aus Indonesien von der Weltöffentlichkeit mit Unbehagen zur Kenntnis genommen würden. Dies sei mehr als ein örtlicher Zusammenstoß. Der wirtschaftliche Wiederaufbau Indonesiens sei für die ganze Welt von Bedeutung und dieser sei solange unmöglich, wie der Krieg andauert. Durch Anwendung von Gewalt lasse sich auch wohl kaum eine dauerhafte Lösung finden, selbst dann nicht, wenn die niederländischen Truppen einen schnellen Sieg davortragen.

THE TIMES Die unabhängige Zeitung fürchtet, daß diese Auseinandersetzung die Zusammenarbeit zwischen Europa und Asien unglücklich beeinflussen werde. Man könne der indonesischen Bevölkerung und der Weltöffentlichkeit wohl schwerlich beibringen, daß diese kriegerischen Maßnahmen ausschließlich gegen die Ordnung störenden Extremisten gerichtet seien.

Expressen Die schwedische Zeitung weist darauf hin, daß sich die indonesische Regierung als unfähig erwiesen habe, die Ordnung im Lande aufrechtzuerhalten. Dies sei bei Beurteilung der Sachlage noch wichtiger als die Beschuldigung, daß Holland den Waffenstillstand verletzt habe.

OFFEN GESAGT...

Zu dem vom Landtag kürzlich beschlossenen „Kulturpfennig“-Gesetz erhielten wir ungekürzte Leserschriften, aus denen wir heute zwei herausgreifen:

Herr E. W. Pfaffen, schreibt uns: Wenn die Zeitungen mit dieser Steuer wider Erwarten belegt werden sollen, dann bitte ignoriert in Zukunft alle Landtags- und sonstigen Berichte, ignoriert, was von diesen demokratischen Gefilden kommt, es interessiert doch 95 Prozent der Masse nicht.

Da haben wir's wieder: „Kulturpfennig“! Jetzt muß die Kultur herhalten. Was verstehen diese Herren eigentlich unter Kultur? Wohl schöne Konzerte, bequeme Theaterstühle, feudale Bars etc. Ich verstehe unter Kultur etwas anderes, vor allem Dinge gute Wohnungen, beleuchtete Straßen, beleuchtete Eisenbahnen usw. Solange wir das nicht haben, haben wir keine Kultur — alles andere ist Tünche, mit der die Hirne der Masse verkleistert werden soll.

Berliner Notopfer, um die Steuer mündgerecht zu machen, schuf man es für eine kurze Zeit. Jetzt, nachdem man sie in der Tasche hat, wird es schon verfertigt. Macht nur so weiter und plästert die Straße der Demokratie mit russischen Pflastersteinen, verspricht für den Winter 20 Zentner Kohlen pro Haushalt und gibt trotz gesteigener Förderung weniger (Das Geld, das dabei verdient wird, macht sicher mehr aus als Euer Unkulturpfennig), verteilt Honig so, daß die große Masse, die den ganzen Tag über im Geschäft sitzt, erst die Ausgabe erfährt, wenn er ausgegeben ist. Laßt die dummen Ausreden, daß er nicht für Alle gereicht hätte, Verteilung folgen, aber kürzt dafür die Nährmittel, verspricht Besserung der Ernährungslage und kürzt nach einem halben Jahr das Brot, verspricht alles, erfindet neue Steuern, aber um Gottes Willen laßt die Steuerhinterzieher in Ruhe und ermuntert sie in ihrem Handwerk durch periodische Amnestie.

Verkocht die Brüder bis sie schwarz wie ein Köhler sind, geht ihnen dann ein Juckenbad und anschließend die letzte demokratische Gelung.

Der wichtigste Bericht aus dem Landtags- und Wirtschaftsberichten wäre ein namentliches Verzeichnis der jeweils Abwesenden, und bei Abstimmungen über wichtige, besonders soziale Maßnahmen ein Verzeichnis der Ja- und Neinstimmen, damit man sich für die nächsten Wahlen je nach Einstellung die Dänen empfangenden Herren merken kann.

Herr G. M., Oeschelbrunn, schreibt: Als ehrlicher Zeitungsleser freue ich mich sehr über die Ausführungen in Ihrem Artikel „Kultur auf Kredit“ in Ihrer Ausgabe v. 17. 12. 48, die ich, und ich glaube im Sinne der meisten Leser zu sprechen, in allen Punkten gutheiß. Warum sollen wir, die wir uns durch unpolitische Zeitungen über das Tagesgeschehen auf dem Laufenden halten wollen, durch unsere Pfennige den Theatern, deren Existenz wir nicht missen wollen, die Desamtsberechtigung sichern? — Warum sollen wir, die wir zu Tausenden keine Möglichkeit haben, ein Theater zu besuchen, weil wir auf dem Lande wohnen, die Zeitung teurer bezahlen, um damit denjenigen den Theaterbesuch zu ermöglichen, die schon die Fahrtskosten nicht haben? Gibt es da keine andere Möglichkeit, den Theatern zu helfen? Der Staat macht wöchentlich Riesengewinne aus dem Fußballfoto, kann man da für das Theater nichts abweisen? Oder man gibt im vierten Fußballfoto einige tausend Theaterkarten ab und gewährt damit vielleicht noch einige hunderttausend Mützel.

Leser-Nummer US-WB 118, Herausgeber und Chefredakteur: Felix Richter, Stellvertreter: Chefredakteur Hans A. Dechant, Redaktionsmitarbeiter: Max Gelsenbeyer, Hans-Joachim W. Hagenmayer, Rudolf Joh, Hans Mehn, Dr. W. Oberkand, Otto F. Passgen, Hildegard Pech, Adolf Röhricht, Josef Wenzel. — Mit vollem Verfasserschutz, geschützte Beiträge werden nicht erwidert. Die Meinung der Redaktion ist, Nachdruck von Originalbeiträgen nur mit Genehmigung gestattet, das Zitierenrecht bleibt unberührt. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. — Verlag: Süddeutsche Allgemeine, Zeitungsverlag GmbH, Verlagdirektor: Dipl.-Ing. Herbert Lehmann.

WAS IST MIT Bratt?

ROMAN VON BERT GEORGE

2. Fortsetzung
Er blickte suchend umher, ging dann ans Waschbecken, um sich mit gleicher Unachtsamkeit die Hände zu waschen wie der Theaterarzt.
Keller und ich wechselten einen Blick.
Es handelte sich also anscheinend doch um ein Verbrechen, und diese Tatsache lag plötzlich wie ein Druck auf allen. Niemand sprach eine Silbe.
In diesen Augenblick zerrissen die elektrischen Klingeln die lastende Stille, sie schüllten durch die ganze Theater, Türen wurden zugeschlagen, von ferne hörte man, wie einen niederprasselnden Regen, den Applaus des Publikums, — das Stück war zu Ende.
Hastig stürzte ich meinem Freunde zu:
„Laß sofort den Bühnenausgang schließen. Der Portier darf niemand vom Theaterpersonal hinauslassen. Gib ihm einen Schutzmann. Alle Verbindungstüren von der Bühne zum Zuschauerraum bleiben verschlossen. Niemand darf passieren. Das Publikum soll ruhig das Theater verlassen.“
Keller elite fort. Während der Photograph mehrere Blitzaufnahmen des Toten machte, wandte

ich mich an die beiden Kriminalbeamten.
„Braun, Sie bleiben bei mir und nehmen das Stenogramm auf. Sie, Hergesheim, holen nochmals den Intendanten, Herrn Röders, und den Regisseur, Herrn Krause. Veranlassen Sie, daß alle Künstler und Künstlerinnen, auch das technische Personal, zur Vernehmung im Korridor hier nebenan aufgestellt nehmen. Rufen Sie gleich die Zentrale an und fordern Sie Unterstützung.“
Hergesheim lief davon. Der Photograph hatte seine Aufnahmen beendet und verabschiedete sich. Als Polizeioffizier konnte er das Theater ungehindert verlassen.
In der Garderobe des Toten waren außer mir noch mein Freund Keller und der Detektiv Braun, Keller saß im Lehnstuhl vor Bratts Schminktisch und dachte nach. Der Detektiv lehnte sich an den großen Spiegelschrank und wartete gleichgültig.
Ich stand vor der Leiche des Schauspielers und sah sie stumm an, als ob ich aus dem leblosen Körper eine Antwort erwartete. Unverwandt betrachtete ich die ebenmäßige Figur des Mannes, der im Leben so viele Menschen entzückt und begeistert, dessen sprudelnde Laune Tausenden

Freude gemacht hatte. Hamlet sagt: „Armer Yorick!“
Nun rührte er sich nicht mehr. Die Hände, deren Schönheit das Spiel des Künstlers so oft unterstrichen, lagen über die Brust gekreuzt, sein schöngezeichnetes Mund hatte sich leicht geöffnet, die lebhafteste Farbe der Schminke auf dem Gesicht des Toten täuschte grausam ein Leben vor, das längst entflohen war.
Es klopfte.
Der Detektiv öffnete und Intendant Röders mit dem Regisseur Krause trat ein. Beide waren bereits im Mantel und im Begriffe, wegzugehen.
„Verzeihen Sie, Herr Intendant.“ sagte ich, „es ist nötig, daß Sie noch einige Zeit im Theater bleiben. Der Gerichtsarzt hat festgestellt, daß der Tod des Schauspielers Bratt unter Umständen erfolgte, die eine gerichtliche Untersuchung nötig machen.“
„Wieso — was ist geschehen?“ Der Intendant seufzte sich erschreckt auf einen Stuhl.
„Herr Bratt ist infolge einer Vergiftung an Herzlähmung gestorben. Ob Selbstmord vorliegt oder ein Verbrechen, ist im Augenblick natürlich nicht zu entscheiden. Ich möchte Sie nun bitten, Herr Röders, bevor wichtige Spuren verloren gehen, mir so gleich das Personal vorstellen zu lassen, das in der Vorstellung mit Herrn Bratt in persönliche Fühlung gekommen ist.“
Röders blickte auf seinen Regisseur, der für ihn das Wort nahm.
Herr Kriminalrat, Sie gestatten, daß ich für ihn den Intendanten antworte. Ich habe das Stück in

Szene gesetzt und kann vielleicht erschöpfende Auskunft geben.“
„Ich bitte darum.“
„Die Gegenspieler des Herrn Bratt waren Fräulein Renée Garvan und Herr Max Rottmann. In kleineren Szenen hatte er dann fast mit allen Damen und Herren zu tun, die im Stück beschäftigt sind.“
„So — — —“
Ich mußte meine Gedanken sammeln. Der Weg, den ich einschlug, erschien mir plötzlich wie ein Labyrinth. Ich konnte doch nicht gut das gesamte Theaterpersonal noch nachts vernehmen. Die Leute waren abgespannt, müde, sicher auch zum Teil ohne Interesse. Nein, ich mußte mich auf das Wichtigste beschränken. Einweilen war es mir, als ob ich im Nebel tappte.
„Wo hielt sich Herr Bratt gewöhnlich auf, wenn er die Szene verließ?“
„Darüber wird der Inspektor, Herr Hollmann, am besten Auskunft geben können.“ sagte Krause.
Von draußen hörte man ein Signal. Das Polizeiauto war angekommen. Nach wenigen Augenblicken betrat der Detektiv Hergesheim die Garderobe und meldete sich zurück.
Aus dem Korridor drang Stimmengewirr. Die Damen und Herren des Theaters hatten sich bereits angekleidet und warteten. Es war eine bunte Gesellschaft, alles, was in der Abendvorstellung zu tun hatte, die Solisten, die Bühnenarbeiter, das technische Personal, die Feuerwehrleute, — kurz das ganze Um und Auf dessen, was hinter der Bühne beschäftigt war. Die Kunde

von dem unerklärlichen Tod des Schauspielers Bratt hatte sich schon überall verbreitet.
„Hergesheim.“ sagte ich, „holen Sie erst einmal den Inspektor Hollmann herein.“
Der Inspektor trat ein.
„Herr Hollmann, denken Sie mal nach und berichten Sie, mit welchen Personen Herr Bratt heute abend gesprochen hat.“
Der Inspektor nickte.
„Herr Bratt hatte fast den ganzen Abend auf der Szene zu tun er kam nur für kurze Augenblicke hinter die Kulissen. Nur im ersten und im dritten Akt hat er in wenigen Auftritten nichts zu tun. Aber diese Pausen verbrachte er immer in seiner Garderobe.“
„Er hielt sich also nicht hinter den Kulissen auf, wenn er auf der Szene nichts zu tun hatte?“
„Nein, das tat er übrigens nie; er ging immer, wenn er kleine Pausen hatte, in seine Garderobe, die ja ganz nahe an der Bühne liegt.“
Wiederum mußte ich mir, inmitten eines Milieus, das nicht alltäglich war, die wichtigsten Umstände vergegenwärtigen. Ein Verbrechen im Theater, auf der Bühne, — das war mir in meiner beruflichen Tätigkeit bisher nicht vorgekommen.
„Wer spielte mit Herrn Bratt auf der Szene, als er starb?“
„Er hatte gleichzeitig mit drei Herren zu spielen.“
„Können diese Herren gesehen haben, was mit Herrn Bratt vorging, als er, Ihrer Meinung nach in Ohnmacht fiel?“ (Fortsetzung folgt.)

Nur noch zwei Tage...

Nur noch zweimal schlafengehen und aufstehen und zwei Tage lang recht brav sein, dann kommt das Christkind zu euch. So pflegte meine Mutter zu uns Kindern zu sagen, wenn Weihnachten vor der Tür stand. Das fing eigentlich schon mit Beginn der Adventszeit an; jeden Tag wurde die Zahl um eines geringer und mit jedem Tag stieg auch die freudige Erwartung der das Christkind voll Ungeduld erwartenden Kinder. War es dann soweit wie heute, daß also nur noch zweimal geschlafen gegangen werden mußte, da hatte uns ein richtiges Fieber erfaßt, das der Arzt sogar mit dem Thermometer zu messen in der Lage gewesen wäre.

Seit jener Zeit sind unglücklicherweise schon viele Jahre vergangen. Man wünschte, die Erregung der vorweihnachtlichen Zeit noch einmal in der Unmittelbarkeit und mit der Innigkeit erleben zu können wie damals. Was indessen ganz unversehens die Erinnerung an jene glückliche Zeit wach werden ließ, das ist, daß wohl kaum jemand die allmähliche Steigerung der weihnachtlichen Vorbereitungen intensiv erleben kann als der Zeitungsmann. Schon vor dem 1. Advent sieht er sich nach einem stimmungsvollen Bild um, dann kommen von überall her die Berichte von Weihnachtsfeiern oder Einladungen zu solchen, und während der letzten acht Tage vor dem großen Fest gibt es keine Ausgabe mehr, in der nicht irgendwelche weihnachtliche Ankündigungen für die Flüchtlinge, die Schulkinder, die Körperbeschädigten, die Normalverbraucher, die Vereine, die Sportler und für viele andere erscheinen. Dies alles geht durch die Hände des Zeitungsmannes, der das ja nicht in teilnahmsloser Geschäftigkeit bearbeitet, sondern eigentlich überall mit dem Herzen dabei ist. So kommt es, daß man wie von selbst die Mutter zu zitieren beginnt — noch dreimal schlafengehen, noch zweimal schlafengehen — bis es dann soweit ist. Wenn es soweit ist, lieber Leser, dann hoffen wir, Ihnen auch mit unserer Zeitung eine kleine Weihnachtsfreude bereiten zu können. Denn sie wird, Sie können sich darauf verlassen, etwas mehr als die heutigen vier Seiten Umfang haben. Und vielleicht wird sich auch Mutter ein wenig darüber freuen. fw.

Schwerer Verkehrsunfall

Gestern gegen 21 Uhr ereignete sich auf der Durlacher Allee in Höhe des Straßenbahndepots ein schwerer Verkehrsunfall. Einem in Richtung Durlach fahrenden Lastkraftwagen kam ein auf der falschen Straßenseite fahrender Personenkraftwagen in hoher Fahrt entgegen. Der Fahrer des Lastkraftwagens versuchte nach links auszuweichen, in diesem Moment schwenkte aber auch der Personenkraftwagen zur Straßennitte, so daß die beiden Fahrzeuge mit großer Wucht zusammenstießen. Hierbei wurde ein Insasse des PKW, der 33jährige Walter Vogel aus Karlsruhe, getötet, der Beifahrer des LKW leicht verletzt. Die beiden weiteren Insassen des Personenkraftwagens, die offenbar auch verletzt sind, wurden unmittelbar nach dem Zusammenstoß noch gesehen, sind aber dann verschwunden. Die nähe-

Nette Blondine mit langen Fingern

Im Wiederholungsfall muß Hedwig ins Zuchthaus

Aus einer kinderrreichen Familie im Bezirk Greifswald stammend, kam die blonde 26jährige Schneiderin Hedwig L. 1946 aus der Ostzone um im Westen Anstellungsmöglichkeiten für ihre Familie zu suchen. Da sie annehmbar aussah und arbeitswillig war, schenkte man ihr Vertrauen, das sie leider immer wieder enttäuschte. Ihren Quartierwirtin entwendete sie eine Geldkassette mit 240 RM, vier Paar Damenstrümpfe, Stoff und Wolle. Dieser Diebstahl brachte ihr sechs Wochen Gefängnis. Für weiteren Diebstahl von Kleidern und Wäsche erhielt sie vom Amtsgericht Hameln 3 1/2 Monate Gefängnis. Kaum 24 Stunden nach ihrer Entlassung aus der Strafanstalt stahl sie einem Bunkerwart die goldene Uhr und landete wieder 5 Monate hinter schwedischen Gardinen. Im Mai 1948 fand sie eine Stellung bei einer Bäuerin in Tündlingen, Kreis Hameln. Dort stahl sie nach und nach 16 kg Fleisch in Dosen, sowie aus dem Wäscheschrank der Bäuerin einen Bettberag und Handtücher. Sie verschwand aus jener Gegend und tauchte in Lühr und Karlsruhe auf, wo sie sich im Flüchtlingslager aufnehmen lassen wollte. Um ihre trübe Vorgeschichte zu vertuschen, behauptete sie, aus Polen zu stammen. Der Schwindler kam jedoch ans Licht und Hedwig wurde festgenommen. Als Rückfällige saß sie jetzt auf der Anklagebank und bekam zu hören, daß ihr nach Verbüßung der nun gegen sie ausgesprochenen Strafe im Wiederholungsfall das Zuchthaus sicher ist.

„Justiz im Kampf gegen Windmühlenflügel“

Kleine Lektion aus einer Gerichtsverhandlung — Werden die Gänse ab Januar billiger?

Es handelt sich um keinen besonders schweren Fall, wie aus der ausgesprochenen Bestrafung von 100 Mark hervorgeht. Aber die Angelegenheit hat grundsätzliche Bedeutung, und darum sollen die Vorgänge etwas ausführlicher behandelt werden, als das bei einer so kleinen Strafe sonst üblich ist.

100 DM — das war die Geldstrafe, die zu Beginn dieser Woche das Amtsgericht Karlsruhe der Inhaberin eines Obst- und Lebensmittelgeschäftes auf Grund des Preistreibergesetzes vom 10. 7. 48 auferlegte. Die Sache war so, daß die Angeklagte Mitte November in Karlsruhe sogenannte Pastorenbraten erster Güte zu 80 Pfennig das Pfund verkauft hatte. Die Birnen waren am Bodensee für 45 Pfennig eingekauft worden. In der französischen Zone also, wo die Obsthöchstpreise noch Gültigkeit haben. Der Verkaufspreis errechnete sich aus diesem Einkaufspreis, den Spesen und Unkosten und einer Kleinhandelsspanne von 25 Prozent. Höchstens 20 Pfennige, so wurde ihr vorgehalten, hätten für die Birnen im Einkauf bezahlt werden dürfen. Der Einkäufer indessen, der Mann der Angeklagten, versicherte überzeugend, daß kein einziger Bauer ihm für diesen Preis solche Birnen verkauft hätte. Überdies brachte er vor, daß um jene Zeit in der Markthalle Birnen für 1 Mark bis 1,30 Mark verkauft wurden, obwohl ständig zwei Preisprüfer die Preise überwachten. Als Gegenargument

legte der Mann außerdem ein paar unscheinbare Äpfelchen schlechterer Sorte auf den Richtertisch, für die er, gleichfalls in Karlsruhe, 75 Pfennige bezahlt hat.

Nach dem Gutachten eines Sachverständigen der Preisüberwachungsstelle seien die Birnen „illegal“ und zu teuer eingekauft worden. Seltensamerweise konnte, als die Angeklagte sich auf die Marktnotierungen im Amtsblatt berief, niemand Auskunft geben, von wem diese Notierungen stammen. Obriegen erwähnte der genannte Sachverständige unter anderem, daß die Preisprüfer sich auch den Preis für Gänse sehr angelegen sein lassen, der ab Januar nur noch 5 Mark je Pfund betragen soll.

Interessanterweise zeigte sich sowohl aus dem Plädoyer des Staatsanwalts wie aus der Urteilsbegründung, in welchem Dilemma sich die Justiz im Kampf gegen die Preisländer befindet. Bindende Grundlagen für die Preiskalkulation, gerade bei Obst, seien nicht vorhanden, sagte der Anklagevertreter. Der Richter aber meinte, es sei Sache der Wirtschaftsverwaltung, das Preisgefüge in erträgliche Bahnen zurückzuführen, da sich die Justiz hierbei in einem Kampf gegen Windmühlenflügel befinde. Die Preistreiberei, dies war der Weisheit letzter Schluß, müsse eines Tages zum Zusammenbruch führen, wenn die Käufer die Preise nicht mehr bezahlen können. ht.

Kinder von Körperbeschädigten wurden beschert

Dem großen Sammelleifer einiger Körperbeschädigter und der Spenderfreudigkeit vieler Karlsruher war es zu verdanken, daß am Dienstagmorgen eine Weihnachtsfeier mit Bescherung von 300 Kindern der Mitglieder des Verbandes der Körperbeschädigten, Sozialrentner und Hinterbliebenen (Ortsgruppe Südwest) im „Ziegleraal“ stattfand. Bei weihnachtlicher Musik verteilten die beiden Vorsitzenden, Herr Wind und Herr Richter, eine große Menge reichhaltiger Gaben, die den Kindern große Freude bereiteten. Vorstandmitglied Frau Fleckenstein gab in ihrem Schlußwort der Hoffnung Ausdruck, daß

durch weitere intensive Zusammenarbeit aller Mitglieder den Nöten der Körperbeschädigten Abhilfe geschaffen werden könne. Fr.

In ähnlicher Weise waren am Samstag vom Ortsteil Beiertheim und Bulach und am Sonntag von der Ortsgruppe Südwest Kinderbescherungen durchgeführt worden. Bei der ersten Veranstaltung wirkte auch der Gesangsverein „Froh-sinn“ Bulach mit. Beide Bescherungen wurden möglich, weil zahlreiche Geschäftsleute der betreffenden Ortsteile und Stadtteile Spenden gegeben hatten, für die sich der Verband der Körperbeschädigten auch an dieser Stelle bedanken möchte. ;)

Postdienst in Karlsruhe an Weihnachten

Schalterdienst beim Postamt 1 (Hauptpostamt): 24. 12. Briefschalter, Annahme und Ausgabe sowie Paketschalter schließen um 16 Uhr. Schließfachabholung bis 21 Uhr. 25. und 26. 12. Brief-Ausgabe und -Ausgabe wie sonntags 10—12 Uhr. Schließfachabholung bis 13.00 Uhr. Briefzustellung: 24. 12. wie werktags. 25. 12. eine Briefzustellung. 26. 12. keine Briefzustellung. Geldzustellung: Am 25. und 26. 12. keine Geldzustellung.

Schalterdienst beim Postamt 2 (Hauptbahnhof): 24. 12. wie an

Werktagen, 7.30—12.00 Uhr. 25. und 26. 12. wie an Sonntagen, 7.30—12.00. Postanweisungen und Zahlkarten werden nicht angenommen, außer teleg. Postanweisungen. Paketzustellung: 24. 12. wie an Werktagen. 25. 12. eine Paketzustellung um 9.00 Uhr. Von 9—12 Ausgabe beschädigter Pakete am Schalter 12. 26. 12. keine Paketzustellung.

Die Zweigpostämter Ettlinger Tor, Weiherfeld, Roonstraße, Beiertheim, Grünwinkel, Daxlanden und Mühlburg sind am 24. 12. wie an Werktagen bis 17.00 geöffnet, am 25. und 26. 12. geschlossen. Am 25. 12. werden in Grünwinkel, Daxlanden und Mühlburg Pakete zugestellt.

Schwerbeschädigten-Ausweise werden verlängert

Die erwartete gesetzliche Regelung der Ausgabe neuer Ausweise an Schwerbeschädigte und andere schwer gehbehinderte Personen ist, wie wir von der Innern Verwaltung beim Präsidenten des Landesbezirks Baden erfahren, noch nicht zum Abschluß gelangt. Die Gültigkeitsdauer der bisher ausgestellten Schwerbeschädigten-Ausweise wird daher durch die Wohlfahrtsämter bis zum Ablauf des Kalenderjahres 1949 verlängert werden. ;)

Wintersport-Aussichten für Weihnachten: mäßig

Badischer Schneebericht Dienstag, den 21. 12. 48 morgens

(Vom Amt für Wetterdienst Karlsruhe) Von den badischen Wintersportgebieten liegen folgende Einzelmeldungen vor (Ort, Schneehöhe, Schneesart, Sportmöglichkeit, Temperatur): Königstuhl: 3 cm, Harach, keine, —7; Döbel: 3 cm, verweht, keine; Baisersbrunn: 1 cm, Harach, keine, —4; Hundstuck: 15 cm, Pulver, stellenw., —2; Unterstuhl: 20 cm, verweht, stellenw., —6; Ruhstein: 20 cm, verweht, mäßig, —3; Brand: 30 cm, Pulver, sehr gut, —6; Bärenthal: 15 cm, Pulver, mäßig, —1; Feldberg (Gipfel): 15 cm, verweht, stellenw., —5; Schmalwand: 15 cm, verweht, stellenw., —5; Beichen: 20 cm, verweht, stellenw., —5; Kandell: 18 cm, Harach, stellenweise, —7 Grad.

Übersicht: Die Schneefälle am letzten Freitag ließen im ganzen Schwarzwald ab etwa 600 m an aufwärts eine Schneedecke entstehen, die in Höhen um 900 m 15—20 cm und in Gipfeln bis 30 cm beträgt. Allerdings wurde sie durch den starken Ostwind am Sonntag vielfach stark verweht, so daß die ursprünglich vorhandene gewisse Pulverschneedecke vielfach schlechter geworden ist, da nirgend kein Schnee mehr fiel. Somit sind die Sportmöglichkeiten mit geringen Ausnahmen meist mäßig bis schlecht. Skilauf ist nur auf Wegen und steinfreien Wiesen möglich. Die Verkehrsstraßen sind vielfach vereist. Dienstagfrüh herrschte in mittleren Lagen stellenweise Nebel, sonst war es meist heiter bis wolkenlos. Die Temperatur lag zwischen —4 und —7 Grad. Im Odenwald liegt nur eine geringe Schneedecke ohne Sportmöglichkeit. In den Alpenländern liegen 10—30, in höheren Lagen über 40 cm meist pulverigen Schnees.

In den nächsten Tagen wird der Frost anhalten. Bis Freitag sind Schneefälle höchstens vereinzelt in schwacher Form im Norden und Osten Süddeutschlands zu erwarten.

Frostwetter hält an

Vorhersage des Amtes für Wetterdienst Karlsruhe, gültig bis Freitagfrüh: Teils bewölkt, teils aufheiternd, stellenweise

OFFEN GESAGT...

Nochmals: Karlsruher Weihnachtsmesse

Herr Stadtrat Dietz (KPD) hat es in der letzten Sitzung des Stadtrates für richtig gehalten, die in Karlsruhe veranstaltete Weihnachtsmesse einer abfälligen Kritik zu unterziehen und zwischen der in Mannheim veranstalteten Messe und der in Karlsruhe einen Unterschied wie etwa zwischen dem Zirkus Krone und einem Flohmarkt festzustellen. Herr Stadtrat Dietz hat dabei übersehen, daß die Karlsruher Messe unter ganz anderen Umständen und in Ermangelung anderer Räumlichkeiten in einem Teil der Markthalle abgehalten werden mußte, während für die Mannheimer Messe der neuerrichtete Rosengarten zur Verfügung stand. Die Mannheimer Messe war, trotzdem Mannheim mit seinem Hinterland ungefähr doppelt soviel Einwohner verfügt als Karlsruhe, täglich von 4400 Menschen besucht, während — trotz des großen Unterschiedes zwischen beiden Städten — die Karlsruher Messe täglich 2700 Besucher aufzuweisen hatte. Das Eintrittsgeld in Karlsruhe belief sich auf 0,50 DM, in Mannheim wurde 1,— DM verlangt. Die von den Ausstellern verlangten Standgelder betrugen in Mannheim mehr als das Fünffache wie in Karlsruhe.

Der Erfolg der Karlsruher Messe beweist, daß der Anfang für Karlsruhe richtig war. Die Karlsruher Geschäftswelt wird, trotz der abfälligen Kritik des Herrn Stadtrat Dietz, den beschrittenen Weg weiter gehen, wobei sie im Gegensatz zu Mannheim darauf verzichtet, repräsentativen Luxus zur Schau zu stellen; ihr Ziel ist vielmehr darauf gerichtet, der Verbraucherschaft zu dienen. Dies ist in Karlsruhe gelungen. Außerdem wurde die Karlsruher Weihnachtsmesse auch für die einheimische notleidende Künstlerschaft ein beachtlicher finanzieller Erfolg. Robert Rütler.

Um Schokolade und Kakao

Die Konditoreninnung Karlsruhe nimmt in einer Zuschrift zum Verkauf von Schokolade, Kakao, Tee usw. Stellung, der nach einer Meldung von SUDENA (Nachrichtenagentur der französischen Zone) den Einzelhandelsgeschäften der gesamten französischen Zone grundsätzlich gestattet ist, damit diese Ware dem Schwarzen Markt entzogen wird. Die Konditoreninnung schreibt u. a.: In den Ländern der amerikanischen Zone, so u. a. auch in Karlsruhe, wurden gerade in letzter Zeit durch Polizei-Organe in Geschäften Schokolade usw. beschlagnahmt und Verfahren wegen Verstoßes gegen Finanz- oder Zollgesetze anhängig gemacht. Trotz Verkaufsverbot gelangt nach wie vor Schokolade usw. in den Handel, man bestraft Geschäftsleute und Verbraucher, fahndet nach den Einfuhrquellen, ist aber nicht imstande, die illegale Einfuhr zu stoppen, d. h. abzustellen. Warum schließt man sich dann in der amerikanischen Zone den Abmachungen der französischen Zone nicht an? Versprechen sich die Behörden der amerikanischen Zone größeren Einnahmen in Form von Steuern, Zöllen und Geldstrafen, als in der französischen Zone in Form von Umsatzsteuer usw.? Es ist zu hoffen und wünschen, daß die zuständigen Behörden eine für alle Teile zufriedenstellende Zwischenlösung bis zur ordnungsgemäßen Einfuhr finden.

AUS DEM RUNDFUNKPROGRAMM

Mittwoch, 22. Dezember Stuttgart: 14.50 Hörsekkurs; 16.00 Cur. z. „Die diebstahligen Eiser“ v. Rosini. Adagio m. Variationen v. Respighi. Ballettmusik aus „Lakme“ v. Delibes; 16.30 Kinderrundfunk; 17.00 Blick in d. Welt; 17.15 aus d. „Kleinen Konzerte“ op. 28 v. Tansjau u. Sonate Nr. 1 D-dur von Turina; 18.00 zum Zeitgeschehen; 18.20 Sport; 20.00 Hörspiel: „Herr Puntis und sein Knecht“ v. Bert Brecht; 21.00 Unterhalt.-Konzert; 22.00 Weihnachtslieder v. Cornelius; 22.15 Schachfunk; 23.30 F. Notbart; „J. P. Jacobsen“. — Studio Karlsruhe: 13.00 Stadtspeil; 18.30 alte und neue Advenstschöne (Karlsruher Kammerchor, Uig. P. Wehrle); 22.30 hunte Welle (Orch. E. Steinbacher, W. Christ's Swing Five, K. Korten-Trio, M. Bollmann, R. Sorrensen). — Frankfurt: 20.15 Oper: „Die Walküre“ 6. Akt v. Wagner. — Nordwestdeutscher Rundfunk: 19.30 Unterhaltungsabend.

Donnerstag, 23. Dezember

Stuttgart: 12.00 Landfunk; 14.30 Wirtschaftsfunk; 14.45 eogl. Sprachfunk; 15.00 große Instrumentalisten; 15.45 zur Typologie d. Sommer; 17.15 „Marie-Louise“ v. H. Zilber; 18.00 Mensch und Arbeit; 18.15 Jugendfunk; 18.30 Klänge d. Heimat; 20.00 „Familie Staudenmaier“, heitere Hörspiele; 20.30 Sendg. d. Militärreg. 20.45 Operntanklänge; 22.00 Uraufführung d. Konz. f. Cello u. Orch., op. 32, v. W. Trenker; 22.30 Stunde d. Dichtung: „Gegen“ v. J. Joyce; 23.00 heitere Melodien; 23.30 Meister d. Jazz; 23.45 Melodien u. Blues. — Studio Karlsruhe: 17.00 die Zeitschriftenserei „Christ und Welt“ (E. Wiesemann). — Südwestfunk: 20.00 Tanzabend.

HANDEL UND WIRTSCHAFT

Umstellung von Auslandsguthaben auf D-Mark

BERLIN, 16. Dez. (DENA) Angehörige der Vereinten Nationen haben nach einer von der amerikanischen Militärregierung für Deutschland veröffentlichten Durchführungs-Verordnung zum Gesetz Nr. 63 (Umstellungsgesetz) das Recht, der Umstellung ihrer Guthaben auf D-Mark in der US-Zone zu widersprechen. Der Einspruch muß gegenüber dem deutschen Schuldner bis spätestens 20. Oktober 1948 erfolgt sein. Weiter hat der Vereinten Nationen angehörende Gläubiger auch nach dem 20. Oktober 1948 das Recht, die Annahme einer ihm von dem deutschen Schuldner angebotenen Leistung zu verweigern.

Jeder Gläubiger, der Angehöriger der Vereinten Nationen im Sinne des § 13 Absatz IV des Umstellungsgesetzes ist, kann nach dem 20. Oktober 1948 in gleicher Weise die Annahme einer ihm von dem deutschen Schuldner nach den Vorschriften des vorerwähnten Gesetzes angebotenen oder bewirkten Leistung verweigern. Die Rechte des Gläubigers bleiben, wenn er nach Absatz I oder II verfahren ist, von den Vorschriften des Umstellungsgesetzes unberührt. — § 2. Der deutsche Wortlaut dieser Durchführungs-Verordnung ist maßgebend. — § 6. Diese Durchführungs-Verordnung tritt mit Wirkung vom 20. Oktober 1948 in Kraft.

Schweizer Kapital in Südwest-Deutschland
BADEN-BADEN. (SAZ) Gegenüber ihren deutschen Zweigunternehmen, denen insgesamt etwa 1 Milliarde Schweizer Franken investiert sind, zeigen die Schweizer Firmen gegenwärtig eine gewisse Zurückhaltung. Die kühle Haltung wird auf den unumgänglichen Transfer der Gewinne in der Schweiz und das anhaltende Mißtrauen der eigenständigen Wirtschaft in die neue Währung zurückgeführt. Die Schweizer Firmen unterstreichen außerdem die Beeinträchtigung der Rentabilität durch die Preisvorschriften und die ungünstige Exportgesetzgebung.

Wird das Wirtschaftsjahr verlegt?
DÜSSELDORF. (SAZ) Wie aus Finanzkreisen verlautet, wird seit einiger Zeit erwogen, den Abschluß des Wirtschaftsjahres 1948 vom 31. 12. 1948 auf den 30. 6. 1949 zu verlegen. Eine solche Maßnahme wird im allgemeinen von der Wirtschaft befürwortet, da, wie man sagt, dem Preisaufstieg im ersten Halbjahr nach der Währungsreform eine Prolongation in den kommenden Monaten folgen dürfte und die Erlangung einer klaren Übersicht zur Aufstellung der Bilanz erst durch eine Verlängerung des Wirtschaftsjahres gegeben sei. Durch die geplante Steuerreform am 1. Januar 1949 ist diese Maßnahme jedoch in Frage gestellt.

Kapitalnot wird zwingend

AACHEN. (SAZ) Der Kapitalbedarf im westdeutschen Kohlenbergbau sei ungewohnt groß und mache sich von Tag zu Tag zwingender bemerkbar, wird von Seiten der Kohlenindustrie erklärt. Die dringend benötigten Summen zur Rationalisierung und weiteren Mechanisierung könnten jedoch nur zu einem Bruchteil von der Wiederaufbaubank gedeckt werden und weitere Kreditquellen seien auf dem deutschen Markt nicht zu erschließen. Von Bergbauern sei man daher in der Bereitstellung ausländischen Kapitals die einzige Möglichkeit zu ausreichenden Investitionen. Gegenwärtig seien jedoch keine Bestrebungen von amerikanischer Seite in dieser Richtung erkennbar und auch auf dem europäischen Kapitalmarkt sei wenig Neigung zu verzeichnen, im westdeutschen Kohlenbergbau Kapital anzulegen. So stehe beispielsweise fest, daß der luxemburgische Konzern „Arbed“, der bedeutende Kapitalien im Aachener Kohlenrevier angelegt hat, weiteren Kapitalbeteiligungen ablehnend gegenübersteht. In diesem Zusammenhang wird betont, daß die oft angesprochene „Übertrennung des deutschen Bergbaus durch Auslandskapital“ nicht eintreten kann, solange die Verzinsung nicht gewährleistet ist. Dies sei aber praktisch erst bei solch hohen Kapitalbeträgen nicht mehr der Fall, wie sie selbst bei der günstigsten Entwicklung nicht zu erwarten seien. — wk.

Südamerika zeigt Interesse am Außenhandel der Bizone

DÜSSELDORF. (SAZ) Eine brasilianische Handelsmission beabsichtigt, wie in Außenhandelskreisen bekannt wird, in nächster Zeit nach Deutschland zu reisen, um ein Handelsabkommen zwischen Brasilien und der Bizone zu schließen. Dadurch sollen auch die Schwierigkeiten beseitigt werden, die sich in der letzten Zeit im Handelsverkehr der beiden Länder angezeigt haben und vor allem darauf zurückzuführen sind, daß die JETIA erklärte, in Brasilien keine „Agenten“ einschalten zu wollen. Bisher war die Regelung der Ex- und Importlizenzen in Rio de Janeiro durch eine Privatbank erfolgt, wodurch eine schnellere Erledigung der Gesuche und eine beschleunigte Abrechnung der Ein- und Ausfuhr erfolgte. Künftig gehen alle Gesuche für Ex- und Importe direkt an den „Banco do Brasil“.

Der Generalkonsul von Uruguay in Brüssel, Juan J. Bajac, teilte mit, daß die Staatsverwaltung für das Postwesen in Montevideo den Ankauf folgender Waren beabsichtigt: 435 automatische Stadt-Telefonapparate, 250 000 weiße Porzellan-Isolatoren in Glockenform, 208 000 m galvanisierten Stahldraht, 1 085 000 Kilo Kupferdraht und eine größere Menge Bleikabel. Offerten müssen bis Ende Januar in Montevideo eingereicht sein. Deutsche Geschäftsleute aus der Leder- und Schuhindustrie, die von einer Reise durch Südamerika zurückkehrten, erklärten, daß trotz der starken Industrialisierung in fast allen südamerikanischen Staaten der Absatz für deutsche Waren gegeben sei. Frachtwendungen in Deutschland sowie die Beschränkungsmaßnahmen der meisten südamerikanischen Länder beim Export sei zu beachten, daß die ehemaligen deutschen Filialen entleert seien und die früheren deutschen Schutzmarken von südamerikanischen Firmen benutzt würden. — wk.

Unsere Sport-Ecke

Vom Auslands-Fußball

Am 22. Spieltag gab es in der ersten englischen Division — nicht ganz erwartet — einen Wechsel in der Tabellenführung. Der stark aufstrebende Neuling Newcastle UTD schlug Everton 1:0, während gleichzeitig Derby County auf eigenem Platz vom Pokalhalter Manchester UTD 1:3 geschlagen wurde. Der bisherige Spitzenreiter fiel dadurch auf den dritten Platz zurück, denn Portsmouth, das Preston Northend, mit 3:1 das Nachsehen gab, besitzt das bessere Torverhältnis. Hinter Manchester UTD folgt der letzte Meister Arsenal an 5. Stelle.

Der vorjährige Meister und derzeitige Spitzenreiter Hibernian büßte in den schottischen Punktspielen erneut einen Punkt ein, so daß der mit 20:10 gehaltene erste Rang durch Rangers (19:7) und Dundee (18:6) stark gefährdet ist.

In der Schweiz verlor zwar Lugano gegen Urania Genf (1:1) überraschend einen Punkt, konnte aber den Vorsprung doch vergrößern, da Lausanne bei Chaux de fonds 3:4 geschlagen wurde. Dritter wurde wieder der FC Basel, der Bellinzona im Heimspiel knapp mit 1:0 besiegte. Ferencváros Budapest, bislang als einziger europäischer Verein ohne jeden Punktverlust, büßte im Spiel gegen MTK (1:1) den ersten Zähler ein, führt aber weiterhin klar (25:1 P.) vor seinem Gegner MTK (20:6).

Olympique Marseille löste in Frankreich Racing Paris (durch ein besseres Torverhältnis) in der Tabellenführung ab. Beide Mannschaften besitzen 26:12 P. Dahinter rangieren Olympique Lille und AS Rennes mit je 25:13 P. In Italien behauptete der FC Turin trotz eines mageren 0:0 in Florenz die Spitze mit 23:7 P. vor Internationale Mailand und Genus 98 (je 22:10) und Sampdoria Genus (20:10).

BREMEN. (DENA) In Oslo beginnen in den nächsten Tagen zwischen deutschen Importeuren und norwegischen Exporteuren Verhandlungen über die Wiederaufnahme von Fischimporten aus Norwegen.

UNTER AUSSCHLUSS DER OFFENTLICHKEIT

Ein Kriminalfilm mit Olga Tschachowa Ivan Petrovich - Seb. Peters Regie: Paul Wegener † Neuaufführung: Tägl. 13.00 - 15.00 - 17.00 - 19.00 (81/9) - 21.00 (81/9) Uhr Täglich 11 Uhr: Weihachtsmärchen: »Frau Holle«.

Unterlicht
Tanzkurs I. Ober 16-Jährige am 8. Jan. Tanzschule Elise, Sofienstr. 35.
Private Fachschule für das Dolmetscherwesen
Stuttgarter und Karlsruhe
Speziell anerkannte Lehranstalt mit Prüfungsberechtigung
Ausbildung zum Diplomschlichter staatl. gepr. Übersetzer und freiberufl. Korrespondent
Schulbeginn 15. Februar

Wascholin

Einmal mit Waschlauge maligen Waschlauge in einer kleinen Dose
Amerik. Zivil-Kleidung u. Schuhe, wenig getragen, staubend billig, verkauft W. Drost, An- u. Verkauf gebrauchter Gegenstände all. Art, Karlsruhe, Winterstraße 4, Nähe Bahnhof.
Brauner Pelzmantel, Zobel-Katze, Gr. 46, wenig getragen, preiswert zu verkaufen, Voss, Karlsruhe, Augustenstr. 20.
Hasepelzjacke f. Motorrad- od. Autofahrer, gest. zu vkf. V. Berger, Karlsruhe, Bismarckstr. 10.
Neuer Diplomschlichter preiswert z. verkaufen, W. Sippel, Karlsruhe, Rotherstraße 12.

Die Krawatte ist die Visitenkarte des Herrn. Daher Ihre Krawatte von Rud Hugo Dietrich. KARLSRUHE / KAISERSTR. 116

BADISCHES STAATSTHEATER
Freitag, den 31. Dezember 1948, 21.00 Uhr
Silvester-Ball
eingeleitet durch ein buntes Programm im GROSSEN HAUS (Städtisches Konzerthaus)
3 TANZKAPELLEN
in der Wandelhalle spielt ERWIN STEINBACHER mit seinem großen Tanzorchester
Eintrittspreise von DM 12.— bis 15.—
Kartenverkauf und Tischbestellungen ab Donnerstag, 21. Dezbr. 1948 bei der Theaterkasse (Städt. Konzerthaus)

Sie können so viel Linds kaufen, wie Sie brauchen. Linds gibt es jetzt auf Nährmittel-Abschnitte...
Linds' ja, der schmeckt!

WEINHAUS JUST
Neueröffnung
Just's Imbißhalle
Eröffnung 23. Dezember 1948
Wir laden unsere werten Gäste herzlich ein.
Emillo Just und Frau
Täglich geöffnet von 7.00 bis 20.00 Uhr

Das praktische Weihnachtsgeschenk!
Staubsauger, 110 Volt neu, zu verkaufen, H. Weber, Leopoldstraße 6

NIMM HETZEL FARBBAND
Zum Festessen einen leckeren Oetker Pudding!
Dr. Oetker Pudding-Pulver überall erhältlich auf die St-P-Abschnitte
Tigermarkt
Junge Nitz- u. Ferkel, m. Kalb, zu vkf. Kfo-Deuzlanden, Vorderstr. 57.

Stellungsangebote
Kapitalistische Valenzstelle v. Studenten gesucht. Angeb. 3752 SAZ Karlsruhe.
Kapitalien
8—10 000 DM
von solidem Geschäftsmann sofort zu leihen gesucht. Ausreichende Sicherheiten vorhanden. Bilanzgeb. u. 37674 an SAZ Karlsruhe.
Immobilien
In der Ackerland beim Hauptfriedhof zu verkaufen. Tel. 8402.

Zu mieten gesucht
Dr. Dörsel, sucht vom 15. 1. 49 h. guter Beschäftigung frei, heizb. Zimmer, mögl. m. Schreibtisch, Bettumzug usw., da ab leistend. Angeb. 37690 SAZ Karlsruhe.
Lagerraum mit Büro, Größe ca. 150—200 qm, von leistungsfähiger Firma in Karlsruhe oder Umgebung, zu mieten oder kaufen gesucht. 37692 SAZ Karlsruhe.
Wohnungstausch
Laden, 60 qm gr. im Zentrum d. Stadt gegen 2-Zimm. Wohnung mit Werkstatt zu vertauschen. Angeb. 37698 SAZ Karlsruhe.
Zu verkaufen
H.-Wintermarkt, Gr. 40, zu verkf. oder Tausch geg. H.-Fahrrad (evtl. ab. De. zeilung). Angeb. 37698 SAZ Karlsruhe.

Leitspindeldrehbank
130x400 mm, komplett mit Motor, 220/230 V., Nachschubwerk, Durchlauf 210 mm, komplett mit Motor, 220/300 Volt, sofort zu verkaufen. Angebot unter Nr. 37694 SAZ Karlsruhe.
Ihre Rotnummer für Anzeigen 6649

SCHLAFZIMMER, KUCHEN sowie KLEINMOBEL jeder Art
in schöner, reicher Auswahl, preiswert bei HUMMEL & CO. Waldstraße 11-13
Für die Dame
Große Auswahl in Felina-Büstenhaltern, Hüfthaltern, Korsetts
Für den Herrn
Selbstbinder, Fertighalter in schönen Mustern in Gummi-Messing, Sportgürtel in Leder und Gummi geflochten, friedensmäßige Ausführung
EMIL JÄGER, Karlsruhe, Klapprechtstr. 41, Ruf 8805